## S 7 RJ 94/00 A

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

6

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze -

1. Instanz

Normenkette

Aktenzeichen S 7 RJ 94/00 A Datum 19.06.2001

2. Instanz

Aktenzeichen L 6 RJ 436/01 Datum 20.01.2004

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung des Kl $\tilde{A}$ ¤gers gegen das Urteil des Sozialgericht Landshut vom 19. Juni 2001 wird zur $\tilde{A}$ ½ckgewiesen.
- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

## Tatbestand:

Streitig ist der Anspruch des Klägers auf Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit.

Der 1937 geborene KlĤger hat nach seinen Angaben keinen Beruf erlernt. In der Zeit vom 01.7.1955 bis 01.12.1965 und vom 13.09.1979 bis 14.03.1995 hat er auf dem Gebiet Bosniens-Herzegowinas Versicherungszeiten mit einer Unterbrechung zwischen 04.04.1992 und 31.12.1993 zurļckgelegt.

In Deutschland war er vom 10.03.1967 bis 31.08.1979 insgesamt 148 Monate versicherungspflichtig beschäftigt und zwar von 1967 bis 1970 nach seinen Angaben als Hilfsarbeiter, später als GasschweiÃ∏er tätig. In der Zeit vom 08.03. bis 14.06.1972 hat er an einem 140-stündigen Aufbaulehrgang zum

GasschweiÃ□er teilgenommen und die Abschlussprüfung bestanden. Nähere Einzelheiten zur Tätigkeit des Klägers sowie dessen Entlohnung konnten vom Sozialgericht nicht mehr ermittelt werden, da die früheren Arbeitgeber des Klägers nicht mehr postalisch erreichbar waren.

Nach den Vorschriften in seiner Heimat ist der Kläger seit 14.03.1995 als Invalide der ersten Kategorie anerkannt und bezieht seitdem vom Versicherungsträger Bosniens und Herzegowinas in Mostar Invalidenrente.

Die Beklagte leistet dem Kläger mit Bescheid vom 09.07.2002 Regelaltersrente ab 01.05.2002.

Erstmals hatte der KlĤger am 17.02.1995 bei der Beklagten Rente wegen ErwerbsunfĤhigkeit beantragt. Diesen Antrag hatte die Beklagte mit Bescheid vom 11.03.1997 und Widerspruchsbescheid vom 31.07. 1997 abgelehnt. Ihre Entscheidung hatte die Beklagte auf eine Begutachtung der Invalidenkommission in Z. vom 12.12.1996 gestýtzt, die beim Kläger als Gesundheitsstörungen VerschleiÃ□erscheinungen der Wirbelsäule, eine Herzleistungsminderung nach Herzinfarkt, eine chronische Bronchitis und ein Ã□bergewicht festgestellt hatte. Der Prüfarzt der Beklagten hatte den Kläger noch zu einer vollschichtigen Erwerbstätigkeit mit körperlich leichten Arbeiten ohne einseitige Körperhaltung oder besonderen Zeitdruck, ohne Schicht- und Nachtdienst sowie ohne Einwirkungen von Stoffen, die die Atemwege reizten in der Lage beurteilt.

Am 22.01.1999 beantragte der KlĤger erneut Rente wegen verminderter ErwerbsfĤhigkeit bei der Beklagten. Im Gutachten der Invalidenkommission erster Instanz in Z. vom 12. März 1999 stellte die Kommissionsärztin P. eine schwere parkinsonsche Erkrankung mit Depression und organischem Psychosyndrom, eine arterielle Hypertonie, Angina pectoris, Zustand nach Herzinfarkt im Jahre 1991 bei kompensierter Herzleistung, chronische Bronchitis, Fettstoff- und ZuckerstoffwechselstĶrung mit Verdacht auf Polyneuropathie sowie Verschlei̸erscheinungen am Skelettsystem fest. Im Vergleich mit der Voruntersuchung im September 1996 sei es zu einer erheblichen Verschlechterung des Allgemeinzustandes und zu einer wesentlichen Verschlimmerung im Gesundheitszustand des KlĤgers gekommen. Er sei nunmehr zu keinerlei ErwerbstĤtigkeit von wirtschaftlichem Wert mehr in der Lage. Dr.D. vom SozialÃxrztlichen Dienst der Beklagten schloss sich dieser Beurteilung an und sah den KlĤger ebenfalls zu keinerlei ErwerbstĤtigkeit von wirtschaftlichem Wert seit Januar 1999 in der Lage. Mit Bescheid vom 16. August 1999 lehnte die Beklagte den Rentenantrag demnach ab. Der KlĤger sei zwar seit 22.01.1999 erwerbsunfĤhig im Sinne des <u>§ 44 Abs.1 SGB VI</u> a.F., er habe dennoch keinen Rentenanspruch, da er in den letzten fünf Jahren vor Eintritt des Leistungsfalles nicht mindestens drei Jahre mit Pflichtbeitragszeiten fýr eine versicherungspflichtige Beschäftigung und auch keine die Anwartschaft erhaltende Zeiten zurĽckgelegt habe. Im ma̸geblichen Fünfjahreszeitraum vom 22.01.1994 bis 21.01.1999 habe der KIäger lediglich 14 Kalendermonate Pflichtversicherungszeiten in seiner Heimat zurückgelegt. Zudem bestehe von Mai 1992 bis Dezember 1993 sowie für die Monate April 1995 bis Dezember 1998 eine Beitragslücke, die nicht mit

Anwartschaftserhaltungszeiten belegt sei und auch mit Rýcksicht auf die vom Kläger gestellten Rentenanträge nicht mehr mit freiwilligen Beiträgen belegt werden könne.

Den dagegen eingelegten Widerspruch wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 21.10.1999 zur $\tilde{A}^{1}$ /4ck, nachdem Dr.D. in seiner sozial $\tilde{A}$  $\alpha$ rztlichen Stellungnahme eine Verlegung des Leistungsfalls in die Vergangenheit  $\hat{a}_{\square}$  insbesondere vor die Zeit der Begutachtung durch die Invalidenkommission am 18.09.1996  $\hat{a}_{\square}$  mit der Begr $\tilde{A}^{1}$ /4ndung abgelehnt hatte, dass seinerzeit keine Gesundheitsst $\tilde{A}$  $\alpha$ rung festgestellt worden sei, die eine erhebliche Leistungsminderung h $\tilde{A}$  $\alpha$ tte begr $\tilde{A}^{1}$ /4nden k $\tilde{A}$  $\alpha$  $\alpha$ nnen.

Dagegen hat der KlĤger zum Sozialgericht Landshut Klage erhoben. Das Sozialgericht hat ein Gutachten nach Aktenlage zum beruflichen LeistungsvermĶgen des KlĤgers von dem Internisten Dr.R. vom 03.02.2001 eingeholt. Dieser hat ausgeführt, im Vordergrund des Krankheitsbildes, das die berufliche LeistungsunfĤhigkeit des KlĤgers begrļnde, stehe die parkinsonsche Erkrankung bei HirngefäÃ∏sklerose mit organischem Hirnleistungsabbau und depressiver Verstimmung, die sich im Laufe des Jahres 1998 entwickelt habe. Erstmalig sei im November 1998 ein fortgeschrittener Altersschwachsinn mit psychoorganischem Syndrom beschrieben. Das ausgeprÄxgte Parkinsonbild sei erst bei der psychiatrischen Begutachtung im Februar 1999 dokumentiert. Die Vorbefunde aus dem Gutachten vom September 1996 gÄxben keinerlei Hinweise für eine wesentliche neurologische Erkrankung. Die übrigen in der Krankengeschichte festgestellten GesundheitsstĶrungen bewirkten lediglich qualitative EinschrĤnkungen des beruflichen LeistungsvermĶgens von untergeorneter Bedeutung. Es sei daher erst seit November 1998 das berufliche LeistungsvermĶgen soweit beeintrĤchtigt gewesen, dass auch ein stundenweiser Arbeitseinsatz nicht mehr infrage gekommen sei. Vor diesem Zeitpunkt sei der Kläger zwar nicht mehr als SchweiÃ∏er, jedoch noch zu einer vollschichtigen ErwerbstÃxtigkeit mit körperlich leichten Arbeiten in der Lage gewesen.

Die Beklagte hat daraufhin das Eintreten des Leistungsfalles der Erwerbsunf $\tilde{A}$ xhigkeit bereits im November 1998 anerkannt. Ein Rentenanspruch bestehe jedoch nach wie vor nicht, da auch zu diesem Zeitpunkt die mit Haushaltsbegleitgesetz 1984 eingef $\tilde{A}$ 1/4hrten besonderen versicherungsrechtlichen Voraussetzungen nicht mehr erf $\tilde{A}$ 1/4llt gewesen seien und auch nicht mehr h $\tilde{A}$ xtten erf $\tilde{A}$ 1/4llt werden k $\tilde{A}$ ¶nnen.

Der KlĤger weist dagegen auf bereits aktenkundige und dementsprechend von Dr.R. gewürdigte Befundunterlagen aus dem Jahre 1997 hin, die seiner Meinung nach das Eintreten der Erwerbsunfähigkeit bereits im Jahre 1996/97 begründeten.

Mit Urteil vom 19. Juni 2001 hat das Sozialgericht die Klage abgewiesen. Der Kläger sei zwar seit November 1998 erwerbsunfähig. Fù¼r einen im November 1998 eingetretenen Leistungsfall erfù¼lle der Kläger jedoch nicht mehr die besonderen versicherungsrechtlichen Voraussetzungen des

Haushaltsbegleitgesetzes 1984 wie sie in den seinerzeit geltenden <u>§Â§ 43</u>, <u>44 SGB</u> <u>VI</u> übernommen worden seien. Im maÃ∏geblichen Fünfjahreszeitraum vom Oktober 1998 bis November 1993 habe der KIäger lediglich 14 Monate Pflichtbeitragszeiten zurückgelegt. Eine lückenlose Belegung der Zeit seit 01.01.1984 sei in Anbetracht einer Lücke von Mai 1992 bis Dezember 1993 ebenfalls nicht mehr möglich. Der KIäger habe daher keinen Rentenanspruch.

Dagegen wendet sich der KlĤger mit der Berufung, mit der er weiter Rente wegen verminderter ErwerbsfĤhigkeit begehrt. Er habe zwar auf Grund der Kriegsereignisse keinerlei weitere Befundunterlagen zu seiner Krankengeschichte aus den Jahren 1995 bis 1998. Die ErwerbsunfĤhigkeit sei jedoch bereits seinerzeit eingetreten gewesen.

Die Beklagte weist insbesondere darauf hin, dass der KlĤger lediglich Versicherungszeiten in Bosnien-Herzegowina zurĽckgelegt habe und auch nur vom bosnischen VersicherungstrĤger in M. eine Invalidenrente erhalte. Er halte sich als bosnischer StaatsangehĶriger auf dem Staatsgebiet Bosniens und Herzegowinas auf. Er wÃ⅓rde daher auch nicht von den Regelungen des Deutsch-Kroatischen-Sozialversicherungsabkommens erfasst. Insbesondere verweist die Beklagte in diesem Zusammenhang auf Angaben im Antrag auf Regelaltersrente vom 20.05.2002 durch den bosnisch-herzegowinischen RentenversicherungstrĤger in M. , wonach der KlĤger die StaatsangehĶrigkeit Bosniens und Herzegowinas besitze und sich auf dem Staatsgebiet Bosniens und Herzegowinas aufhalte.

Der Kl $\tilde{A}$ ¤ger beantragt sinngem $\tilde{A}$ ¤ $\tilde{A}$  $\square$ , die Beklagte unter Aufhebung des Urteils des Sozialgerichts Landshut vom 19. Juni 2001 und des Bescheides vom 16.08.1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 21.10.1999 zu verurteilen, ihm aufgrund des Antrags vom 22.01.1999 Rente wegen verminderter Erwerbsf $\tilde{A}$ ¤higkeit, hilfsweise  $\hat{a}$  $\square$ 0 ab 01.01.2001  $\hat{a}$  $\square$ 0 wegen Erwerbsminderung zu zahlen.

Die Beklagte beantragt, die Berufung gegen das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 19. Juni 2001 zur $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ckzuweisen.

Beigezogen waren die Akten der Beklagten und die des Sozialgerichts Landshut auf deren Inhalt sowie auf den Inhalt der Berufungsakte zur ErgĤnzung des Tatbestandes Bezug genommen wird.

## Entscheidungsgründe:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung des Kl $\tilde{A}$ ¤gers ist zul $\tilde{A}$ ¤ssig, sachlich ist sie jedoch nicht begr $\tilde{A}$ 4ndet, weil er keinen Anspruch auf Rente wegen Berufsoder Erwerbsunf $\tilde{A}$ ¤higkeit gem $\tilde{A}$ ¤ $\tilde{A}$ []  $\hat{A}$ § $\hat{A}$ § 43, 44 sechstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI)  $\hat{a}$  $\Pi$  in der bis 31.12.2000 g $\tilde{A}$ 4ltigen Fassung  $\hat{a}$  $\Pi$ 1 hat.

Der Rechtsstreit ist wegen der Antragstellung im Jahre 1999 und insbesondere in Anbetracht des bereits im November 1998 eingetretenen Leistungsfalles der ErwerbsunfĤhigkeit â∏ nach der bis 31.12.2000 geltenden Rechtslage zu

entscheiden. Der Senat sieht gem $\tilde{A}$  $\cong$  $\tilde{A}$  $\cong$  $\tilde{A}$  $\cong$  des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgr $\tilde{A}$  $\cong$ 4nde ab, weil er die Berufung aus den Gr $\tilde{A}$  $\cong$ 4nden der angefochtenen Entscheidung zur $\tilde{A}$  $\cong$ 4ckweist.

Das Sozialgericht hat den Rechtsstreit entsprechend der Sach- und Rechtslage entschieden. Danach hat der Kl $\tilde{A}$  $^{\mu}$ ger f $\tilde{A}$  $^{\mu}$ r den fr $\tilde{A}$  $^{\mu}$ hestens im November 1998 nachgewiesenen Leistungsfall der Erwerbsunf $\tilde{A}$  $^{\mu}$ higkeit keinen Anspruch auf Rente wegen verminderter Erwerbsf $\tilde{A}$  $^{\mu}$ higkeit. Gleiches gilt f $\tilde{A}$  $^{\mu}$ r einen Anspruch auf Rente wegen Erwerbsminderung in der ab 01.01.2001 geltenden Fassung des  $\tilde{A}$  $^{\mu}$ 43 SGB VI.

Die Berufung gegen das Urteil des Sozialgerichts Landshut war daher zurļckzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 SGG</u>.

Die Revision war nicht zuzulassen, weil die Voraussetzungen des  $\frac{\hat{A}\S 160 \text{ Abs.} 2 \text{ Nr.} 1}{\text{und } 2 \text{ SGG}}$  nicht vorliegen.

Erstellt am: 13.04.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024